

„Was tun?“ – Bemerkungen zum 9. Kulturpolitischen Bundeskongress „Welt.Kultur.Politik – Kulturpolitik und Globalisierung“

Michael Wimmer/EDUCULT

Auf dem Weg zum Empfang der Baden-Württembergischen Landesvertretung anlässlich der Soirée „100 Jahre ifa“ kam ich am Potsdamer Platz vorbei. Und ich geriet ins Gedränge eines Bayrischen Bierzelts. Betäubend-volkstümliche Musik aus allen Lautsprechern, die Menschen hinter ihren Biergläsern mehr miteinander schreiend als redend, ausgelassene Stimmung an einem heißen Tag. Als einer der Highlights war ein *Watschenmann* aufgebaut, an dem vor allem junge Männer durch gezielte Schläge ins Gesicht der Puppe ihre Kraft erproben konnten.

Noch ganz unter dem Eindruck der vielen Redebeiträge am kulturpolitischen Bundeskongress drängte sich mir die Frage auf, was die hier versammelten Menschen über unsere Diskussion denken würden, ob sie sich angesprochen gefühlt hätten oder ob sie mitsprechen hätten wollen. Immerhin überboten sich die FestrednerInnen bei der Soirée in der Verwendung des Begriffs des *Dialogs*, den es in Zeiten der wachsenden Polarisierung und damit verbundener Entfremdung (wieder)aufzunehmen gelte und doch die AdressatInnen dieses Appells im Vagen blieben. Einen diesbezüglichen Hinweis habe ich in einer Rede des vormaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier bei der Konferenz des Goethe-Instituts "Dialog und die Erfahrung des Anderen"¹ gefunden. Er berichtet darin u.a. von seiner Begegnung mit dem indischen Lyriker Rajivinder Singh, der ihm als eine Leitlinie des kultur- und bildungspolitischen Handelns seines Hauses ein Sechs-Augen Prinzip vorgeschlagen hatte: Mit einem solchen sollten wir einander immer zugleich mit den eigenen Augen, mit den Augen des Anderen und aus einer gemeinsamen Perspektive betrachten.

Dialog, Dialog – Und der Dialogpartner sitzt nicht mit am Tisch

Nun war als Thema des diesjährigen Kongresses nicht mehr und nicht weniger als „Welt.Kultur.Politik“ vorgegeben. Als Reaktion auf das, was wir gerne als Globalisierung bezeichnen, sollte die der schleichenden Verflüssigung von Kulturinnen- und Kulturaußenpolitik nachgegangen werden, deren traditionelle Kompetenzgrenzen mit der Transnationalisierung von Problemlagen jeder Art zunehmend in Frage stehen. Allein die starke Präsenz vor deutschen Global Player ifa und Goethe-Institut verwiesen auf den Anspruch der OrganisatorInnen, die bewährte Innensicht zu überwinden und damit den Beitrag des kulturpolitischen Diskurses innerhalb des deutschen Kulturbetriebs für die Rolle Deutschlands im globalen Geschehens kritisch zu beleuchten. Und ja, auch hier wurde einvernehmlich *Dialog* als *das* Handlungsprinzip schlechthin bestätigt.

Etwas kontroverser wurde es mit der Präsentation des indisch-stämmigen und in London lehrenden Autors Mishra Pankaj, der – stellvertretend für viele andere – die deutsche Lesart der Welt in Frage stellte, um mit ausgewählten Beispielen kolonialistischer Politik das Ausmaß an Stereotypen bei der Aufrechterhaltung eines ungebrochen auf Dominanz setzenden deutschen kulturellen Selbstverständnisses sichtbar zu machen. Und auch der jungen farbigen Professorin für Visuelle Kulturen Nana Adusei-Paku gelang es, mit gezielten Angriffen auf die institutionellen Beharrungstendenzen von ifa und Goethe-Institutes mit der Frage, warum die Verfasstheit dieser Einrichtungen in keiner Weise die eigenen strategischen Ansprüche (etwa in ihrer personellen Zusammensetzung) widerspiegeln würde, die Herzen der TeilnehmerInnen zu erobern. Und

¹ http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2015/150223-BM_Konf_GI.html

natürlich durfte auch der Streit um den Zustand der Europäischen Union und der herausragenden Rolle Deutschlands nicht fehlen, die der *Sprechmaschine* in Gestalt der Professorin für Europapolitik und Demokratisierung Ulrike Guérot erlaubte, gegen alle Tendenzen der Renationalisierung einen gemeinsamen europäischen *politischen Körper* zu beschwören, der sich in einer historischen Logik möglicher Weise ähnlich überraschend wie der Fall des Eisernen Vorhangs notwendig bilden würde. Als angesichts dieser Euphorie skeptischer erwies sich der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel, der auf neue Konfliktlinien verwies, die sich durch die wachsenden Ungleichheiten ergeben würden, um so zu neuen Grenzziehungen zu führen. Dass in dieser Kontroverse spezifisch kulturpolitische Fragen weitgehend ausgeklammert blieben, ließ etwas von der tendenziellen Randständigkeit des Kulturbetriebs bei der politischen Neuordnung Europas erahnen. Daran ändert auch der Befund wachsender Kulturalisierung der aktuellen sozialen Konflikte nur wenig.

Ein Gespenst geht um, das unsere Kultur(politik) bedroht

Merkel verwies in diesem Zusammenhang auf ein neues Diskursverbot, hinter dem sich über die gesamte Veranstaltung ein weitgehend undefiniertes Gespenst erhob, das mehr über das Bedürfnis der Abgrenzung (und ihrer Überwindung) zwischen innen und außen erzählte als allfällige Verschiebungen der traditionellen Grenzziehungen zwischen Innen- und Außenkulturpolitik.

Bereits in seiner Eröffnung zitierte der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung Thomas Krüger den Kultursoziologen Andreas Reckwitz mit seiner Behauptung einer sich vertiefenden Kluft zwischen Hyperkultur und Kulturessentialismus². Seiner Analyse zufolge erzwingt die Dynamik des globalen Kapitalismus neue Trennlinien zwischen seinen Nutznießern und seinen Verlierern. In der unterschiedlichen Wahrnehmung der ihnen zugewiesenen Rollen interpretierten sich die einen als Kosmopoliten und die anderen als Essentialisten. Während die einen kulturelle Vielfalt zumindest in den meisten ihrer Ausprägungen als Bereicherung ihrer Existenz zu begreifen vermögen, drängten die anderen auf eine Rehomogenisierung zumindest –wenn schon nicht der sozialen so doch – der kulturellen Verhältnisse, deren Vervielfältigung sie als unmittelbare Bedrohung ihrer Existenzgrundlagen erleben würden.

Das Problem, das sich mit dieser Gegenüberstellung für die Veranstaltung ergab, bestand darin, dass sich die TeilnehmerInnen mit ihrem kosmopolitischen Ansprüchen als weitgehend homogen erwiesen, während die Essentialisten-Fraktion weitgehend außen vor blieb. Folglich durchzog ein weitgehend undefiniertes „Anderes“ die Gespräche, die wahlweise als Kommunitaristen, Krisenverlierer, Demokratiemüde, Illiberale, die Autoritären, Rechtspopulisten, Rechtsradikale oder Neonazis verhandelt wurden. Und so lagen über der Veranstaltung die vagen Umrisse einer weitgehend undefinierten Masse, die sich in Ermangelung soziologischer Befunde für jede Art von Interpretation eignet.

Nun hat es bereits bei früheren kulturpolitischen Veranstaltungen Analysen zum wachsenden Auseinanderdriften der nationalen Gesellschaften und ihre ideologische Begründung gegeben. Auffallend erscheint mir aber der Wandel im Zugang der kulturpolitischen Eliten, die bislang Krisenverlierer etwa in Gestalt von *bildungsfernen Schichten* als Gegenstand eines besonderen Engagements gesehen haben, um sie so für die Idee einer liberalen Kulturentwicklung zu gewinnen. Diesmal wurden sie zuallererst als Bedrohung des eigenen Weltverständnisses wahrgenommen.

² <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240826/zwischen-hyperkultur-und-kulturessenzialismus>

Entsprechend groß das unausgesprochene Erschrecken, die eigene kosmopolitische Haltung könnte mit dem Erstarken rechtspopulistischer Kräfte in und rund um Europa, die die Befindlichkeiten der Menschen besser anzusprechen vermögen als die bisher dominierenden Eliten gefährdet sein. Und so kommen wir wohl um die unbequeme Frage Harald Welzers zum Abschluss des Events nicht herum, was wir deren ParteigängerInnen in ihrem Wunsch auf eine bessere Zukunft (noch) zu sagen bzw. zu bieten haben.

In den letzten Tagen hat der Londoner Thinktank Chatham House eine umfassende Studie zur Einschätzung der Zukunft Europas „The Future of Europe - Comparing Public and Elite Attitudes“³ herausgebracht. Wenig erstaunlich tun sich den Aussagen der *Eliten* (definiert als „einflussreiche Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft“), denen ein beträchtlicher Glaubwürdigkeitsverlust attestiert wird und der *Bevölkerung* gravierende Differenzen auf. Wenn einer der zentralen Befunde darin besteht, dass insgesamt zwei Drittel der befragten Bevölkerungen in zehn europäischen Ländern den sofortigen Stopp der Einwanderung aus muslimischen Ländern fordern, dann erinnere ich mich an einen Beitrag des Essayisten Siegfried Kohlhammer aus dem Jahre 1995 erinnert, in dem er in akribischer Weise die Konstruktion eines mit dem Ende des Kalten Krieges notwendig gewordenen neuen Feinbildes in Gestalt des Islam nachzeichnet⁴. In Verknüpfung dieser beiden Evidenzen lässt sich unschwer die Behauptung aufstellen, dass die Ergebnisse der Studie vor allem eines zeigen, den Erfolg des Herbeiredens einer antiislamischen Stimmung durch eine damalige, ansonsten durchaus liberal und demokratisch gestimmte Elite, die nicht erst seit 1995 meinte, ohne den Popanz eines mächtigen Feinbildes den Zusammenhalt der europäischen Gesellschaften nicht gewährleisten zu können.

Sind wir gerade dabei, neue Feindbilder zu konstruieren?

Dem Diskussionsverlauf folgend spricht manches dafür, dass wir drauf und dran sind, die Feindbildproduktion von außen nach innen zu verlagern. Altbundeskanzler Helmut Schmidt meinte 1994: „Mit wenigen Ausnahmen wissen wir Europäer fast nichts vom Islam, wir verstehen ihn kaum“. Darin hat sich bis heute wenig geändert. Ähnliches ließe sich für heute über den großen Abwesenden bei dieser Veranstaltung, den autoritär fixierten, auf kulturelle Homogenität drängenden Anderen, sagen, der in Gestalt des Rechtspopulismus drauf und dran ist, die liberalen Grundlagen einer pluralistischen Gesellschaft in Frage zu stellen.

Nein, den wollen wir nicht, den lehnen wir ab und wissen doch nur sehr wenig über ihn und seine Beweggründe. Was aber bedeutet diese Ablehnung für den von Frank-Walter Steinmeier eingebrachten Anspruch Rajivinder Singhs, neben der eigenen Sicht auch die des Anderen einzunehmen, um so zu einer gemeinsamen zu kommen. Nicht nur für die TeilnehmerInnen des Bundeskongresses hieße dies zuerst einmal, entgegen dem intuitiven Abwehrverhalten der eigenen sozialen Gruppe noch einmal Neugierde für diejenigen zu entwickeln, die da als neues Bedrohungspotential pauschal in einen Topf geworfen werden. Eine solche Haltung erlaubte nicht nur über ein neues Außen zu räsonieren sondern hineinzugehen in die Realitäten der vielen Anderen und sich kundig zu machen über das, was sie umtreibt. Und möglicher Weise müssen wir uns dabei – zumal es um Kultur geht - verabschieden von so mancher lieb gewordenen Referenzhaftigkeit des

³ <https://www.chathamhouse.org/sites/files/chathamhouse/publications/research/2017-06-20-future-europe-attitudes-raines-goodwin-cutts-final.pdf>

⁴ Kohlhammer, Siegfried (1995). Die Feinde und die Freunde des Islam. In: Unterschiede. Über Kulturkämpfe. Merkur 558/559 Sept/Okt, 1995 p 804ff

eigenen Tuns, die als solche genau dem Pluralitätsanspruch widerspricht, den es einzulösen verspricht.

Leben wir in reaktionären Zeiten oder sind wir selbst reaktionär geworden?

Wir können mit Matthias Lilienthal einstimmen in einen kulturpessimistischen Slang „Wir leben in reaktionären Zeiten!“ (allenfalls relativiert durch Wahlsiege van der Bellens in Österreich, Macrons in Frankreich oder der Linken in UK) oder dem Rationalitätsverlust des Politischen entgegenwirken, der drauf und dran ist, einer zunehmenden Affektaufladung und damit Kulturalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu weichen. In diesem Zusammenhang wurde im Rahmen des Budneskongresses ein bedrohlicher Verlust einer Analyse der politischen Ökonomie offensichtlich, die noch einmal in der Lage wäre, Leitlinien für kulturpolitisches Handeln, national ebenso wie international vorzugeben. Ganz offensichtlich spiegelt sich hierin ein gerütteltes Maß an traditioneller Präpotenz des Kulturbetriebs, der meint, sich über die Niederungen des desavouierten Politischen erheben zu können, um als Repräsentant einer *postpolitischen* Gesellschaft den zunehmend verzweifelten Kampf um die Aufrechterhaltung einer ökonomischen Ordnung, die zunehmend außer Rand und Band geraten scheint (und kulturell im wahrsten Sinn unfassbar geworden ist) von der Seitenlinie zu beobachten.

Ausgewählte KünstlerInnen wie Milo Rau, Barbara Meyer oder Amelie Deuffhard haben eindrucksvolle Belege dafür abgeliefert, wie es gelingen kann, wirksame Bezüge zwischen Kunst und Politik herzustellen. Über diese Beispiele hinausgehend blieb Lenins Frage „Was tun?“ in damals vorrevolutionären Zeiten vor allem in Bezug auf eine strategische Neuausrichtung von Kulturinnen- und Kulturaußenpolitik weitgehend unbeantwortet. Ungeachtet dessen fühle ich mich nach Ende des Kongresses mehr denn je eingeladen, noch einmal das Analyseinstrumentarium der politischen Ökonomie hervorzuholen, um mit dessen Hilfe Kulturpolitik vom Kopf auf die Füße zu stellen. Dazu könnte auch gehören, das nächste Mal am Potsdamer Platz länger Halt zu machen und in konkreten Dialog mit diesen *Anderen* zu treten anstatt über mich noch einmal all die gutgemeinten Reden ergehen zu lassen, die mich einladen, in Dialog zu treten.